artei.
lung
uhr,
Höz.
ezu ein.

für mein
ektur-Büro
Volontär oder
gesucht. Dem-
Gelegenheit geboten,
büro- und Bauplatz-
nötigen Kenntnisse
ekt Hutzenlaub,
ad, Telefon 115.

gs-Gesuch.
ntlichen Jungen, der
s Flaschnerhand-
stallation gründlich
nimmt in die Lehre
rnold Gräßle,
laschnermeister.

rrenalb.
Eintritt suchen wir
n jungen Mann, der
Arbeit scheut, als
aurschen.
mit Zeugnissen an
der Mönch,
tel Post.

unbach.
ten
gochsen
uh
em zweiten Kalb,
kauf aus
herr zur Krone.

n 22. Januar,
e große
nninger
-Lotterie
zusammen Mark
000
der Mark
000
00 usw.
22. Jan. 1919.
Mark.
Gewinnanteilschein
staschen mit
nur 12 Mark.
l. extra. Zu haben
wo nicht sich Ver-
Generalvertrieb
d Fetzer
Friedrichstr. 56.
Telefon 5413.

In Neuenbürg zu haben in der Meeh'schen Buchhdlg.

Existenz
reich welchen Beruf
, erhält kostenlose
ranz Postfach 165.

Preis vierteljährl.: in Neuenbürg ℳ 2.25. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr ℳ 2.25, im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 2.35 und 30 ₰ Postbestellgeld.

Bestellungen nehmen alle Poststellen und in Neuenbürg die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Telegrammadresse: „Enztäler", Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis: die einspalt. Zeile 15 ₰, bei Auskunftserteilung durch d. Geschäftsst. 30 ₰, Reklame-Zeile 40 ₰. Bei öfterer Aufnahme entsprechender Nachlaß, der im Falle des Mahnverfahr. hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keine Gewähr übernommen.

№ 5. | Neuenbürg, Mittwoch den 8. Januar 1919. | 77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 5. Jan. Auf die Kundgebung der süddeutschen Staaten an die Reichsregierung hat Ebert an den Ministerpräsidenten Blos geantwortet: Vor der endgültigen Erklärung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Regierungen vom 27. und 28. Dez. sind Verhandlungen mit mehreren Reichsämtern erforderlich, die sofort eingeleitet sind. Endgültige Antwort erfolgt baldigst. Wir werden alles tun, um die Mitwirkung der deutschen Reichsstaaten an den Reichsgeschäften sicherzustellen und bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung zu gewährleisten.

Stuttgart, 7. Jan. Generalleutnant von Hofacker, erst seit wenigen Tagen stellvertretender Leiter des Kriegswesens, hat bereits wieder seine Entlassung beim Ministerpräsidenten Blos eingereicht.

Friedrichshafen, 7. Jan. Wie das Seeblatt erfährt, hat sich Herzog Wilhelm von Württemberg entschlossen, Friedrichshafen als dauernden Aufenthalt zu wählen. Bebenhausen soll ebenfalls beibehalten werden.

Mainz, 6. Jan. Die französische Besatzung von Mainz wird beständig verstärkt; auf dem Rhein kommen täglich Truppen an. Alle paar Tage findet vor General Mangin eine Parade der Neueingetroffenen statt, wobei dann Auszeichnungen verteilt wurden. In dem Theater von Mainz finden öfters französische Vorstellungen statt, zu denen eigens die Truppe aus Paris ankommt. Ein direkter Schnellzug Mainz—Straßburg—Paris ist eingerichtet worden. Das bürgerliche Leben in Mainz stockt natürlich in seinen Hauptadern, da das Rückgrat der Mainzer Industrie, die großen Fabriken für Heeresbedarf, stilliegen. Die Ernährungsverhältnisse sind nicht besser geworden, für die Zivilisten sind die Preise durch die Einkäufe der Besatzung sogar noch weiter gestiegen.

München, 6. Januar. Der Sturmwind trug gestern mittag Flugblätter der Zentrumspartei, die vom Turme der Frauenkirche herabgeworfen worden waren, bis zum Promenadeplatz, wo sich vor dem Ministerium des Aeußern aus Anlaß eines Demonstrationszuges der Kriegsverstümmelten eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Die Flugblätter erregten den Zorn des Publikums. Eine große Anzahl von Zivilpersonen und Soldaten rottete sich zusammen und drang in die Frauenkirche ein. Als sich ein Teil der Besucher des Gottesdienstes den Eindringlingen entgegenstellte und sie von weiteren Uebergriffen abhalten wollten, kam es in der Kirche zu Tätlichkeiten, wobei einige Kirchenbesucher verwundet wurden. Das Dompfarramt gibt bekannt, daß es zu einer solchen Art von Flugblattverteilung keine Erlaubnis erteilt habe.

Berlin, 5. Jan. Die „Deutsche Allg. Ztg." meldet: Die Demobilisierung des deutschen Heeres ist sehr weit vorgeschritten. 150 Divisionen haben bereits abgerüstet. 18 Divisionen haben noch abzurüsten. Aber auch bei diesen schreitet die Demobilisierung außerordentlich schnell vorwärts. So ist z. B. die fünfte Ref.-Division vor zwei Tagen angekommen und hat bereits ihre Leute entlassen. Mit der Auflösung der alten kaiserlichen Armee erledigen sich auch die Wünsche über das Tragen von Waffen und Abzeichen bei dieser Armee. Die alte Armee Deutschlands hat zu existieren aufgehört.

Berlin, 6. Jan. Heute vormittag fand in Kattowitz eine Sitzung des Zentralsoldatenrats für die Provinz Schlesien statt, in der Proklamierung des Standrechts und des Belagerungszustands für Königshütte und Lipine beschlossen wurde. In Königshütte herrscht augenblicklich Ruhe. Ferner beschloß der Zentralrat für die Provinz Schlesien wegen den Streikunruhen und der polnischen Bewegung für den Industriebezirk eine militärische Zentrale in Kattowitz zu errichten.

Meseritz, 7. Jan. Der deutsche Volksrat Westposens, die gesetzlich gewählte Vertretung der acht Wahlkreise Posens, erklärte, daß vom 5. Januar 1919 ab die Kreise Schwerin, Birnbaum, Meseritz, Neutomischel und Bomst zur Provinz Brandenburg, die Kreise Fraustadt, Lissa und Rawitsch zur Provinz Schlesien gehören. Der Kreis Filehne hat sich am Samstag der Gruppe Westposen angeschlossen und tritt ebenfalls zur Provinz Brandenburg über.

Das polnische Vordringen.

Posen, 6. Jan. Hohensalza ist in den Händen der Polen. Am Sonntag fanden dort von früh bis abends Kämpfe statt, bei denen man über hundert Tote und Verwundete zählte. Die Deutschen wurden zurückgedrängt. Schließlich kam es zu Verhandlungen, wonach die Besatzung bis 12 Uhr abziehen sollte. Gestern mittag sollen alle Kasernen, um 1 Uhr auch der Bahnhof übergeben worden sein. Die Truppen zogen ohne Waffen ab, nur eine Ehrenabteilung durfte die Waffen behalten. Die Verhaftung des Herausgebers des „Grenzboten", Georg Cleinow, die vom Bomberger Arbeiter- und Soldatenrat verfügt worden war, ist inzwischen aufgehoben worden.

Ausland.

Zürich, 6. Jan. Der „N. Z. Ztg." zufolge meldet der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera": Die englische Regierung hat ihre Ansicht über die Gesellschaft der Nationen und die Freiheit der Meere geändert, was auf die amerikanische Erklärung zurückzuführen ist, wonach die Union die größte Flotte der Welt bauen würde, falls die Sicherheit der Meere nicht einer internationalen Flotte anvertraut und das Programm des Völkerbundes nicht verwirklicht würde. Clemenceau befindet sich mit seiner Auffassung über die strategischen Sicherungen und die Politik des Gleichgewichts in Europa in ausgesprochenstem Gegensatz zu Wilson, der aufs deutlichste die Beteiligung der Union an einem zu diesem Zweck zu gründenden Vierbund ablehnt.

Paris, 6. Jan. Wie das Journal des Debats berichtet, teilte die neue Regierung in Belgrad den Regierungen der Entente und der Neutralen mit, daß das serbische Königreich in ein Vereinigtes Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen umgewandelt wurde.

Lugano, 6. Jan. Wilson wurde am Samstag nachmittag vom Papst empfangen. Der Präsident verneigte sich tief, worauf ihm der Papst die Hand reichte. Augenscheinlich war der Papst von der Aussprache mit Wilson hochbefriedigt.

London, 6. Jan. Lloyd George hat alle gegenwärtigen Minister gebeten, ihre Abschiedsgesuche einzureichen. Daraus wird geschlossen, daß Lloyd George die Absicht hat, ohne Rücksicht auf die Partei das Kabinett völlig umzugestalten.

Petersburg, 6. Jan. Der „Prawda" zufolge steht die Entsendung weiterer Bolschewistenführer nach Deutschland bevor, wo man vor dem Beginn der Entscheidungskämpfe um die Macht stehe. Die „Prawda" behauptet ferner, daß Radek nicht auf dem Landwege, sondern unter Mithilfe deutscher Matrosen zur See nach Deutschland hereingekommen sei.

Newyork, 6. Jan. Acht Lebensmitteltransportschiffe für die Mittelmächte haben am 2. Januar, vier weitere Dampfer am 3. Januar Hoboken verlassen.

Washington, 5. Jan. Das Justizdepartement der Vereinigten Staaten wird die Deportation von mehr als 3000 Deutschen und Oesterreichern verfügen, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten interniert sind. Zu diesem Zweck werde eine besondere Gesetzgebung nötig sein.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 5. Jan. Nach längerer, durch den Krieg veranlaßten Pause fand die heutige erste Vollversammlung des Landw. Bezirksvereins den Auferfaal bis zum letzten Platz besetzt. Das Bedürfnis, nach längerer Unterbrechung sich wieder einmal über Standesfragen auszusprechen im Verein mit den angekündigten Vorträgen aus berufenem Munde hatten ihre Anziehungskraft aufs neue bewährt. In seinen Begrüßungsworten führte der stellv. Vereinsvorstand, Oberamtspfleger Kübler, aus, daß der Krieg und die Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden auch an der Landwirtschaft nicht spurlos vorübergingen und ihr neue Aufgaben stellen, welchen sie gerecht werden müsse, wolle sie ihre Stellung behaupten. Dank und Willkomm entbot er namentlich den aus dem Kriege Heimgekehrten, welche über vier Jahre in einem beispiellosen Ringen den Feind von der heimatlichen Scholle fern hielten. Dank gebühre aber auch den Kriegerfrauen in der Landwirtschaft, welche unter schwierigen Umständen während der Kriegszeit, nur auf sich selbst angewiesen, ihren Betrieb aufrecht erhielten und mit zäher Ausdauer dem Boden das abzuringen suchten, was zur Volksernährung benötigt wurde. Dankend gedachte er ferner des bisherigen Vereinsvorstandes, Reg.-Rats Ziegele, welcher, vor kurzem nach Stuttgart berufen, sechs Jahre dem Verein seine Kraft widmete und jederzeit bereit war, im Interesse des Vereins tätig zu sein.

Ueber Ernährungsfragen, ein nicht besonders beliebtes Thema, gab E. Welß-Ottenhausen überraschende Aufschlüsse. Wie unsere politische Lage sei auch jene der Landwirtschaft verworren und unklar. Der Mangel an Rohstoffen, an Transportmitteln und Kohlen bringe es mit sich, daß wir unser landwirtschaftliches Leben nur unter Aufbietung aller Energie, Kraft und Arbeit aufrecht erhalten können. Die deutsche Landwirtschaft habe in den letzten 50 Jahren die Produktion um die Hälfte gesteigert, unter dem Zwang der Verhältnisse müsse sie mit eisernem Fleiß und festem Willen mehr denn bisher den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden suchen. Dazu gehöre intensivere Bewirtschaftung der Grundstücke unter richtiger Anwendung von Kunstdünger, über dessen Wert vielfach noch ganz irrige Anschauungen beständen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es fast unmöglich, die heimgekehrten Truppen alle zu beschäftigen, und wenn in den großen Städten noch Lebensmittelmangel eintrete und die Bevölkerung Hunger leiden müsse, wäre das Schlimmste zu befürchten. Der unglückliche Ausgang des Krieges habe unsere Volksernährung in eine todernste Lage versetzt. Bei einem normalen Rückzug wäre eine knappe aber auskömmliche Ernährung gesichert gewesen, durch das teilweise fluchtartige Zurückfluten einzelner Heeresteile aber seien ungeheure Mengen von Lebensmitteln im Werte ungezählter Millionen verloren gegangen. Bei der festgelegten Rationierung sei auch das Heer mitengerechnet gewesen. Infolge des Verlustes dieser bedeutenden Lebensmittelmengen müssen die zurückgekehrten Truppen teilweise aus den Beständen ernährt werden, die für die Zivilbevölkerung bestimmt sind, und da sei es selbstverständlich, daß eines Tages der Moment kommen müsse, wo die Lebensmittel aufgebraucht sind. Dem entgegen zu arbeiten sei Pflicht jedes Einzelnen. Uns Bauern erwachse die heilige Pflicht, das Volk vor dem Hunger zu schützen. Dazu gehöre Unterdrückung jedweden Schleichhandels und restlose Ablieferung aller vorhandenen nicht selbst benötigten Getreidevorräte. Zum Kapitel Fleischversorgung ist zu bemerken: Die Viehzählung vom 1. Juni 1918 zeige einen erheblichen Rückgang beim gesamten Rindviehstand besonders in der Klasse, die für die Fleischversorgung in Betracht komme, das sind die Tiere im Alter von 1 bis 2 Jahren. Auch die Zählung am 2. September zeige eine Rückwärtsbewegung, wenn auch nicht mehr in dem Maße, eine Folge der Einführung der fleischlosen Wochen und der Herabsetzung der Fleischration von Mitte August ab. Eine Knappheit in der Vieh-Anlieferung bestehe nicht, weil stets im Herbst mehr Vieh abgestoßen werde, namentlich wegen Futtermangel, wie er auch bei uns herrsche. Die Ansprüche der Heeresverwaltung seien kleiner geworden. Die Fleischversorgungsstelle könne das Vieh nicht in dem Umfange abnehmen, wie es die Landwirte zur Zeit wünschen; aber diese Stockung sei nur eine vorübergehende. Es wäre verfehlt, wenn deswegen die Viehbesitzer sich beunruhigen würden, vielleicht in kurzer Zeit schon würde das Vieh wieder in größerem Umfange abgenommen. Unter keinen Umständen sollen die Viehbesitzer sich verleiten lassen, Vieh an Geheimschlächtereien abzugeben, dies habe nicht nur Bestrafung sondern unter Umständen Ersatzleistung des zu Unrecht verkauften Viehes zur Folge. Es sei anzunehmen, daß der Bedarf an Vieh noch größer werde, da Fleisch als Ersatz für andere Lebensmittel gegeben werden müsse. In der Mehl- und Brotversorgung sei Württemberg ungünstig gestellt, da es Bedarfsland ist. Die Vorräte in den württembergischen Lagern seien demnächst aufgebraucht, die Zufuhren an Mehl aus elsäßischen Mühlen waren einmal, aus den rheinischen Mühlen sei die Zufuhr infolge der feindlichen Besetzung ausgeschlossen, aus Norddeutschland infolge des politischen Wirrwarrs zur Unmöglichkeit geworden. Infolge dessen ergebe sich die Notwendigkeit, daß bis zur Klärung der Lage der Bedarf der Kommunalverbände durch restlose und rasche Ablieferung von Getreide durch die Landwirte ausgeglichen werde. Was Redner in der Frage der Versorgung und Belieferung Württembergs, speziell des Oberamtsbezirks Neuenbürg, mit Getreide, Hafer und Kartoffeln zahlenmäßig anführte, lieferte den Beweis, daß Württemberg ausschließlich auf Belieferung von Norddeutschland angewiesen ist. Eine Ausnahme bildete nur die reichliche Kartoffelernte des Jahres 1917, wo es möglich war, aus den Ueberschüssen an das Ruhr- und Saargebiet und nach Sachsen abzugeben. Wegen des Bedarfs an Saatkartoffeln sei Württemberg ebenfalls auf Norddeutschland angewiesen. Die Milch- und Butterversorgung müsse im Interesse der Ernährung unserer Kinder mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden. Der Bedarf an Fleisch und Kartoffeln könne gedeckt werden, Milch und Milcherzeugnisse werden nach wie vor sehr knapp sein. Der Mangel an Brotgetreide müsse durch Kartoffeln ausgeglichen werden, eine Verfütterung von Getreide und

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kartoffeln gefährde die Volksernährung auf das schwerste. Nicht eindringlich genug könne vor Augen geführt werden, was die neue Regierung in einem Aufruf an die Landwirte zur Kenntnis brachte: „Die freiwillige Ablieferung der vorhandenen Lebensmittel ist der sicherste Schutz gegen Störungen auf dem Lande.“ In dieser Erkenntnis möge die Landbevölkerung sich bewußt sein, alles tun zu müssen, um das deutsche Volk vor dem Hunger zu schützen. Es tue Redner leid, seine Berufs- und Standesgenossen immer wieder an diese unumgängliche Pflicht erinnern zu müssen, aber es geschehe nur in dem Bewußtsein, Schlimmeres von uns allen abzuwenden. Die Landwirtschaft habe während des Krieges Uebermenschliches geleistet; sie habe trotz geringer Arbeitskräfte die Produktion hochgehalten, und wenn der Landwirt seine finanziellen Verhältnisse etwas geordnet habe, so seien daran nicht nur die festgesetzten Höchstpreise für Butter, Getreide und Mehl die Ursache, sondern der Fleiß und die Liebe der Unsrigen und das nicht bei achtstündigem, sondern bei vierzehn- und achtzehnstündigem Arbeitstag.

Unter Dankesworten für den beherzigenswerten Vortrag, durch welchen sich wie ein roter Faden die Mahnung zum Aushalten und zur Sicherstellung der Volksernährung ziehe, wies Oberamtspfleger Kübler darauf hin, daß wir in der Frage unserer Volksernährung tatsächlich an einem kritischen Punkte angekommen wären. Mehr denn je seien wir auf uns selbst angewiesen. Auf die Engländer und Amerikaner dürfen wir keine zu großen Hoffnungen setzen. Nur die eigene Kraft und der feste Wille, auszuhalten, bis zur nächsten Ernte, könne uns retten. Bis dahin sei der Friede geschlossen, die Transportverhältnisse seien wieder bessere und infolgedessen mehr Aussicht, fremde Ware hereinzubekommen. Dabei spiele allerdings die Valutafrage eine recht bedeutende Rolle, man bedenke, daß unsere Mark heute nur noch 45 Pfg. im Ausland gelte. Für unser Papiergeld bekommen wir im Ausland so gut wie nichts. Unsere Industrie sollte Waren herstellen und in Gegenrechnung liefern können, aber da hänge alles noch in der Luft. Darum wieder die Mahnung an die Landwirte, alles aufzubieten, um die Volksernährung sicher zu stellen. Was der Kommunalverband von sich aus in dieser Richtung tun kann, wird geschehen.

In der Frage der landwirtschaftlichen Berufsvertretung gab der Vorsitzende entsprechende Aufklärung und kam dabei zu dem Schlusse, mit Erledigung dieser Sache zuzuwarten, bis sich die Verhältnisse mehr geklärt hätten. Dabei kommt er auf die durch den unglücklichen Kriegsausgang und die politischen Umwälzungen geschaffene kritische Lage zu sprechen, die zu den allerschwersten Bedenken Anlaß gebe. Es sei bedauerlich, daß dies von einem großem Teil der Bevölkerung nicht genügend gewürdigt werde. Wir befinden uns in einem wirtschaftlichen Niedergang ohnegleichen. Es gelte einen Kampf um Weltanschauungen, einen Kampf des deutschen Volkes um eine bessere Zukunft. Auch bei der Landwirtschaft handle es sich um sehr ernste, tief einschneidende Fragen. Eine der wichtigsten sei die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes gegenüber den Forderungen der Sozialdemokratie, die eine Sozialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe anstrebe. Sie spreche zwar zunächst nur von den großen Gütern, wie sie in Norddeutschland zu treffen seien, aber in ihrem Erfurter Programm fordere sie ausdrücklich, daß alle Produktionsmittel in das gesellschaftliche Eigentum übergeführt werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie will sogar die mittleren und kleineren Betriebe kommunisieren und zusammenlegen. Ein Beispiel aus der Gegenwart bilde die Kriegswirtschaft, aus der wir alle möglichst bald herauskommen wollen, um wieder Herr im eigenen Hause zu sein. Das wäre aber bei der Sozialisierung der Betriebe ausgeschlossen. Unvereinbar mit dem landwirtschaftlichen Betrieb sei der Achtstundentag, mit welchem der Landwirt, der von der Gnade des Himmels und von der Sonne abhängig sei, böse Erfahrungen machen würde. Er müsse sich dessen alles bewußt sein und bei den bevorstehenden Wahlen in dem Sinne seine Stimme abgeben, wie es den Interessen des landwirtschaftlichen Betriebs entspreche.

Schluß folgt.

Neuenbürg, 6. Jan. Der Frauen Versammlung am Samstag ließ die Württ. Bürgerpartei eine allgemeine Wahlversammlung am Erscheinungsfest, nachmittags im Gasthof zum Anker folgen. In seiner Begrüßungsansprache wies der Versammlungsleiter, Forstmeister Dr.Ramm-Calmbach u. a. darauf hin, wie unnötig die Revolution in einem so liberal regierten Lande wie Württemberg gewesen sei. Der Redner, Landrichter Dr. Göz, zeichnete zunächst ein Bild unserer gegenwärtigen Lage. Während wir den Wahlkampf führen, stehe der Feind vor unseren Toren, nur wenige Kilometer von hier, kleine Völker, Tschechen und Polen, auf die der deutsche Infanterist geringschätzig herabsah, maßen sich an, Teile von unserem Vaterland loszureißen, unsere Kriegsgefangenen schmachten noch in der Gefangenschaft, von Tag zu Tag nehme die Zahl der Arbeitslosen in den Städten zu, unsere Vorräte schwinden dahin, vom April ab haben wir vielleicht kein Brot mehr, plündernde Banden, bereit zur Selbsthilfe zu greifen, können wie in Rußland auf dem Lande von Haus zu Haus ziehen; es könne noch schlimmer bei uns wie in Rußland werden. Das sei die tatsächliche Lage. In diesem Wahlkampf werde die Sache jedes Einzelnen verhandelt. Durch die Umwälzung haben sich die Parteiverhältnisse verschoben. Die Württ. Bürgerpartei sei eine völlig neue Partei; er verwahre sich gegen den von gegnerischer Seite gemachten Einwurf, sie sei nichts anderes wie die frühere konservative Partei. Wie die Rednerin am Samstag machte auch er der deutschen demokratischen Partei den Vorwurf, daß sie durch Ablehnung des von der Württemb. Bürgerpartei angestrebten engeren Zusammenschlusses an der Zersplitterung des Bürgertums Schuld trage. Wenn einer Regierung der Gaul so durchgehe, wie der gegenwärtigen, dann rufe man nicht nach dem Reiter, der die Sporen gebraucht, sondern nach dem Reiter, der mit energischer Hand die Zügel führt und ein festes Rückgrat hat. Diese sichere Führung finde man in der Württ. Bürgerpartei, die, wenn sie als neugegründete Partei auch nicht zu den großen politischen Parteien zähle, doch das Zünglein an der Wage bilden könne. Sie trete vor allem ein für den Kampf gegen die politische Würdelosigkeit und bekenne sich offen zu den Grundsätzen, die das Vaterland in früheren Zeiten groß gemacht haben. Die Revolution in Württemberg habe keinem allgemeinen Bedürfnis entsprochen, die liberale Regierungsweise unseres früheren Königs sei sogar von der sozialistischen Presse anerkannt worden, welche noch vor kurzem erklärte, würde Württemberg einmal eine Republik, sie könnte sich keinen besseren Präsidenten als diesen wünschen. Und wenige Monate darauf sei ein Volkshaufe, geführt von einem Matrosen, allerdings zum kleinsten Teile aus Württembergern bestehend, in das Residenzschloß eingedrungen und habe den König zur Abdankung gezwungen, obwohl dieser kurz vorher dem württ. Volke eine freie Vertretung gab, wie keine liberalere im deutschen Reich zu finden war. Gleichzeitig sei den Frauen das Wahlrecht verliehen worden, allerdings mit der Beschränkung auf das 24. Lebensjahr. Es sei ein Irrtum, wenn von sozialdemokratischer Seite gesagt werde, das Frauenwahlrecht sei ein Geschenk der Revolution, die uns nur recht viel und noch immer mehr Geld koste. Deshalb können wir keine Freude an der Revolution haben. Wie diese von langer Hand und planmäßig von den Unabhängigen vorbereitet wurde, welche Mittel angewendet wurden, um den Zusammenbruch selbst in den Schützengräben zur Tatsache zu machen, wurde eingehend erwähnt. Die Beschuldigungen gegen die Offiziere, insbesondere die württembergischen, seien übertrieben. In Preußen seien 94% der Offiziere gefallen, in Württemberg nicht viel weniger. Man habe dem deutschen Namen und der deutschen Würde geschadet, indem man die Schuld des Krieges auf die frühere Regierung abwälzte, die man als morsch bezeichnete. Wenn diese Regierung Deutschland von 1870 bis 1914 zu solch hoher Blüte brachte, könne sie doch nicht so schlecht gewesen sein, wie jetzt überall behauptet werde. Aber selbst wenn dem so wäre, wäre es dann vernünftig, dies in der Presse herum zu schreien und in Versammlung breit zu treten? Das schade uns bloß. Das deutsche Volk sollte so viel politischen Takt besitzen, daß es sich nicht selbst beschmutzt. In Frankreich oder England käme so etwas nicht vor, nur in Deutschland sei dies möglich, weil wir politisch noch nicht reif wären. Freilich, gegen die Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Die Württ. Bürgerpartei trete weiter dafür ein, daß den Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und Jenen, die ihre Gesundheit opferten, eine sorgenfreie Zukunft gesichert werde. Von jenen Instituten im Staat, welche geeignet sind, die Gewissensfrage wach zu halten, sei das wichtigste die Kirche. Die Geschichte lehre, daß sie als eine staatserhaltende Macht tief in das Leben der Völker eingreift. Dem Problem Trennung der Kirche vom Staate stehe die Bürgerpartei nicht entgegen, das Wesentliche sei nur, wie diese Trennung vollzogen werde. Die Bürgerpartei vertrete den Standpunkt, daß der Staat der Kirche die Mittel garantiere, daß sie eine Lebensexistenz behalten könne, daß der Staat ihr das Kirchengut zurückgebe, welches er ihr zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nahm, mit der Verpflichtung, für ihre Bedürfnisse zu sorgen, daß er ihr insbesondere das Recht der Besteuerung verleiht und sie zu einer öffentlich rechtlichen Korporation macht. Wir verlangen ferner, daß der Religionsunterricht in den Schulen beibehalten wird, das bedeute keinen Eingriff in die Gewissensfreiheit. Alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie vertreten die Interessen der Kirche. Die Sozialdemokratie erkläre Kirche und Religion als Privatsache, für die sie keine Mittel bewillige. Von der Sozialdemokratie trenne uns eine tiefe Kluft, über die keine Brücke führe.

In dieser Frage rechne die Bürgerpartei auf die Mitarbeit der Frauen. Sie seien berufen, für die kirchlichen Fragen einzutreten, Redner erinnere nur an die Kindererziehung; am Wahltag müssen die Frauen vollzählig an die Wahlurne treten. Die Sozialdemokratie wolle für ihre Zwecke Kapital aus dem Frauenwahlrecht schlagen; sie benütze die Frau als Stimmvieh; der Schuß werde aber nach hinten losgehen. Wir wollen in der Frau die sittlichen Kräfte mobil machen und vollzählig am Wahltag unsere Stimme abgeben mit Gott fürs Vaterland.

Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank aus. An der sich anschließenden Aussprache beteiligte sich als einziger Redner Stadtvikar Dr. Schäfer-Neuenbürg.

Was der ideal veranlagte Theologe, der den christlich-sozialen Standpunkt vertritt, in edler Begeisterung mit Feuer vorbrachte, wirkte reinigend und befreiend in der politisch geschwängerten Atmosphäre. Es ließ die Anwesenden den Ernst der Zeit vorübergehend vergessen und zauberte in die sorgenvollen Gesichter wahre, ungekünstelte Lebensfreude. Das, was sich wirklich abspiele, bilde einen Kampf zwischen sozialistischer und christlicher Weltanschauung; darüber hinaus gebe es nichts. Was die Sozialdemokratie anstrebe, namentlich die Sozialisierung oder Vergesellschaftung des Privateigentums, lasse sich nicht durchführen, an solchen Ideen hänge kein gesunder Mensch auch nur eine halbe Minute, lieber gehe er im Schloßwädle spazieren. Es sei schön gedacht, führe aber zu nichts gutem, diese Revolution, die Franzosen und Engländer machen so etwas nicht, aber der dumme Michel machts. Er habe mit den hunderttausenden von Arbeitern Mitleid, denen man vormache, das goldene Zeitalter sei gekommen. In zwei Jahren werden sie anders denken und froh sein, wenn sie wieder arbeiten können. Mit der sozialisten Wirtschaftsordnung locke man keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Er glaube, daß das liberale Wirtschaftssystem ebenso unausführbar sei wie das sozialistische, einziger möglicher Gedanke also nur: Wir müssen christlich sozial sein. Die Kirche sei nicht bloß ein Institut. Hätten wir die katholische Kirche nicht, dann wären wir vom Bolschewismus schon längst aufgefressen. Wenn es die Katholiken besser machen, so achte er sie; er sei kein Mucker. In Baden hätten sie die Sozialdemokraten an die Wand gedrückt, so müssen wir es nächsten Sonntag auch machen, keiner dürfe zu Haus bleiben. Wahltag, Zahltag nach den Erfahrungen der letzten zwei Monate. Einen guten Kehrbesen müssen wir haben und damit hinauskegeln die Heymann, die Lindemann und wie sie alle heißen; wir brauchen keine Preußen. Ob wohl den Stuttgarter Gästen, die am Abend sprachen, auf der Fahrt die Ohren geklungen haben darüber, wie der Redner mit ihnen umsprang? Die Kirche sei eine die Gesellschaft erhaltende Macht, deshalb müsse in dem Staat auch die Kirche stehen. Mehr Liebe möchte er den Leuten wünschen; sie sei die Butter, mit der man den Braten der Gesellschaftsordnung gut zubereiten könne. Auch unsere Fabrikanten und Kaufleute sollen sich befleißigen, etwas mehr von Liebe abzugeben, dann komme als Saldo ein größerer Gewinn heraus. Er sei ein armer Theologe, bei Daimler wäre er besser daran gewesen. Sozialisieren sei schön, aber es lasse sich nicht ausführen. Wir wollen weder eine Diktatur des Proletariats noch des Großkapitals. Die Gesellschaft lasse sich nur erhalten, wenn das Christentum eine Macht im Volke bleibe, dazu sollen die Frauen das ihre nächsten Sonntag beitragen, dann werden wir auch in Neuenbürg gut abschneiden.

Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen und originellen Ausführungen, womit die Versammlung ihr Ende erreicht hatte.

Neuenbürg, 8. Jan. Wegen Stoffandrangs mußten verschiedene Einsendungen zurückgestellt werden.

Gestohlene

und unrechtmäßig erworbene

Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung

schänden den Träger u. den deutschen Namen.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 65.

Letzte Nachrichten u. Telegramme.

Karlsruhe, 7. Jan. Nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen, aber noch nicht endgültigen Meldungen erhielt die Sozialdemokratie im 4. Wahlkreis (Mannheim) auf Kosten der Deutsch-Nationalen Volkspartei ein Mandat mehr, während in Freiburg die Demokraten auf Kosten des Zentrums einen Sitz mehr bekommen.

Mannheim, 7. Jan. Heute vormittag hatte die sozialdemokratische Partei zu einer großen Demonstration gegen die Spartakusleute aufgefordert. Mittags 12 Uhr verließen die Arbeiter und Angestellten die Betriebe und versammelten sich auf dem Meßplatz, von wo sie sich dann im Zuge nach der Stadt bewegten. Immer mehr Personen schlossen sich ihnen an. Vor etwa 50000 Personen hielt sodann der frühere Reichstagsabgeordnete und Kandidat für die deutsche Nationalversammlung Oskar Geck eine Ansprache. Nach derselben wurde einstimmig die Resolution angenommen, in welcher sich die Versammelten für die Regierung Ebert-Scheidemann aussprechen und wenn nötig durch die Tat für Ruhe und Ordnung sorgen wollen.

Nürnberg, 7. Jan. Heute nachmittag um 2 Uhr wurde die Fränkische Tagespost, das Organ der Mehrheitssozialisten, von Spartakusleuten besetzt.

Düsseldorf, 7. Jan. In Mühlheim und Oberhausen haben die Spartakusanhänger die öffentliche Gewalt an sich gerissen und die Herrschaft des Proletariats nach russischem Vorbild proklamiert.

Berlin, 7. Jan. Dem Ersuchen des englischen Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission in Spaa, englischen Offizieren den Besuch verschiedener deutscher Städte zu gestatten, um dort die Unterlagen für die Nahrungsmittelversorgung und die Ernährungsfragen zu studieren, wurde deutscherseits stattgegeben. Die britischen Offiziere werden die Städte Berlin, Leipzig, Kassel, Hannover, Hamburg, München und evtl. auch andere deutsche Orte besuchen.

Bern, 7. Jan. Am 14. Januar findet in Paris die Konferenz der 4 verbündeten Großmächte statt, in welcher die Grundlagen für den Präliminarfrieden festgesetzt werden.

Rotterdam, 7. Jan. „Daily Mail“ meldet: Feldmarschall Mackensen wird von Saloniki nach Frankreich gebracht. Wichtige Beschlüsse, die nicht angedeutet werden können, stehen zur Abwehr des Bolschewismus bevor.

Berliner Straßenkämpfe zwischen Mehrheitssozialisten und Spartakusleuten.

Berlin, 7. Jan. Heute morgen in der fünften Stunde hat im Marstall und im Polizeipräsidium die weitere Ausgabe von Waffen und Munition an das Proletariat durch den Polizeipräsidenten Eichhorn stattgefunden. Von einem Anhänger der Spartakusleute wird mitgeteilt, daß allein vor dem Polizeipräsidium bis gestern abend 10000 Gewehre an Spartakusleute abgegeben waren.

Berlin, 7. Jan. Noch gestern abend haben sich die Soldatenräte aller Berliner Garnisonen auf die Seite der Regierung gestellt. Aus den Garnisonen Brandenburg, Frankfurt a. d. O. und Küstrin sind gleiche Kundgebungen an die Regierung abgegangen. Volkskommissar Noske hat im Auftrag der Regierung noch gestern abend die Alarmbereitschaft an die ganze Berliner Garnison ausgegeben.

Berlin, 7. Jan. Bei den Kämpfen in der vergangenen Nacht vor der Reichskanzlei hat es 20 Tote und über 40 Verwundete gegeben. Die Reichsbank, das Haupttelegraphenamt und Fernsprechamt sind noch im Besitze der Regierung, dagegen sind Wolff-Büro, der „Vorwärts“ und die großen Berliner Zeitungen immer noch von Spartakusleuten besetzt.

Berlin, 7. Jan. Die Zeitungen stehen nunmehr sämtlich unter der Kontrolle der Spartakusleute. Während die Zeitungsbetriebe Scherl, Mosse und Ullstein ihre Blätter immer noch nicht herausbringen konnten, sind andere Organe bisher nicht am Erscheinen gehindert worden. „Germania“ und „Tägliche Rundschau“ können wie bisher ihre Meinung zum Ausdruck bringen, die „Berliner Volkszeitung“, die „Berliner Neueste Nachrichten“ und andere stehen dagegen unter Vorzensur und müssen sich jeder Aeußerung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft enthalten.

Berlin, 7. Jan. Heute vormittag wurden die Gebäude der Eisenbahndirektion und der Eisenbahnlinienkommandantur von Truppen der republikanischen Soldatenwehr besetzt. Die Spartakusanhänger, die das Gebäude seit gestern nachmittag besetzt hielten, wurden nach hartem Kampfe vertrieben. Sie hatten 7 Tote und eine Anzahl Verwundeter. Die Soldatenwehr hatte zwei Tote.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berlin, 7. Jan. Die Regierung hat als Voraussetzung dafür, daß sie in materielle Verhandlungen mit den Spartakusleuten überhaupt eintritt, gefordert: 1. Die bedingungslose Amtsniederlegung von Eichhorn, 2. die Entwaffnung sämtlicher Zivilisten, wofür sie sich verpflichten würde, auch ihrerseits den Zivilisten keine Waffen auszuliefern; die Waffen sollten dann alle der Regierung für die Heeresmacht zur Verfügung gestellt werden; 3. die Befreiung der Presse von den unerhörten Vergewaltigungen, denen sie in den letzten Tagen hier in Berlin zum Opfer gefallen ist. — Die Regierung ist nach wie vor auf das Aeußerste entschlossen, mit dem Spartakusterror zum Schluß zu gelangen. Sie wird jedes Mittel, auch das der äußersten Gewalt anwenden, wenn die Liebknechtanhänger gegen sie mit Gewalt vorgehen.

Berlin, 8. Jan. Nach einer Meldung der „Berliner Abendzeitung" ist eine vollständige Division mit Artillerie und Maschinengewehren aus der Richtung Potsdam im Anmarsch.

Berlin, 8. Jan. Die Reichsdruckerei wurde gestern von Angehörigen der Spartakusgruppe besetzt. Einem Beamten dieses wichtigen Betriebs ist es gelungen, den Hauptschlüssel zu den Tresors zu retten und in Sicherheit zu bringen.

Die Wirkungen bei der Entente.

Berlin, 8. Jan. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt regierungsoffiziös: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere ausländische politische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangt Sicherheit zur Erfüllung ihrer Forderungen und droht, sich eventl. diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen, wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setzt. Es droht dieser Sklavenbefreier uns in die ewige Schuldknechtschaft der siegreichen Feinde zu stürzen.

Oberamt Neuenbürg.

An die Gemeindebehörden.

Bis spätestens 10. ds. Mts. sind einzusenden:
1. Sportelgelder mit Verzeichnis,
2. Steuerlieferungsberichte,
3. Nachweisungen über Bauarbeiten und über nicht gewerbsmäßiges Halten von Reittieren und Fahrzeugen (MABl. 1913, S. 17 und 25).

Den 3. Januar 1919. O.R. Gaiser.

Oberamt Neuenbürg.

Fleischbeschau.

Die tierärztliche Ergänzungsfleischbeschau wird von jetzt ab bis auf weiteres vornehmen:
1. für die sog. Waldgemeinden des Bezirks Herr Oberamtstierarzt **Pfeiffer** in Calw,
2. für die übrigen Gemeinden des Bezirks, einschließlich Waldrennach, Herr Stadttierarzt **Stöckhert** in Herrenalb.

Den 2. Januar 1919. O.R.A. Gaiser.

Oberamt Neuenbürg.

Metallnotgeld.

In Folge der Knappheit an Zahlungsmitteln hat der **Bezirk Notgeld** in Form von Münzen ausgegeben und zwar
100 000 Stück zu 20 Pfg. und
40 000 Stück zu 50 Pfg.

Die Münzen sind aus Eisen hergestellt und mit rostschützendem Ueberzug versehen, achteckig mit leicht abgerundeten Ecken. Die Vorderseite der Münzen trägt die Aufschrift „Württ OA.-Bezirk Neuenbürg", die Rückseite zeigt das Bild eines Kriegers in antiker Art mit Stahlhelm.

Den 4. Januar 1919. O.R.A. Gaiser.

Oberamt Neuenbürg.

Kohlenversorgung.

Da der Postverkehr mit Straßburg gesperrt ist, können die beim dortigen Verkaufsbüro des Michelkonzerns befindlichen noch nicht belieferten Kohlenbezugsscheine nicht zurückverlangt werden.

Damit diese Mengen dem Bezirk nicht verloren gehen und beim Reichskommissar Antrag auf Belieferung von Ersatzbezugsscheinen gestellt werden kann, werden **diejenigen Kohlenhändler und unmittelbaren Kohlenbezieher**, die (bezw. deren Zwischenhändler) beim Verkaufsbüro des Michelkonzerns in Straßburg Kohlenbezugsscheine eingereicht und auf diese Scheine noch keine Lieferungen erhalten haben, aufgefordert, **umgehend und bis spätestens 9. ds. Mts.** hieher mitzuteilen:
1. Reihe und Nummer der noch nicht belieferten Bezugsscheine,
2. Name und Wohnsitz des Vorlieferers (Zwischenhändlers).

Bei diesem Anlaß wird mitgeteilt, daß Hausbrandlieferungen von der Saar und vom Aachener Gebiet bis auf weiteres nicht erwartet werden dürfen.

Den 4. Januar 1919. O.R.A. Gaiser.

Sämtliche im

Jahre 1895

Geborenen, männl. Geschlechts, werden zu einer am **Donnerstag** abends 7 Uhr, im **Felsenkeller** stattfindenden **Besprechung** eingeladen.

Ein Schulkamerad.

Mädchen-Gesuch.

Fleißiges, ehrliches Mädchen für Haus und Landwirtschaft sofort oder bis 15. Jan. gesucht.

Heinrich Baral, Mühle in **Birkenfeld.**

Engelsbrand.

Habe eine sehr schöne, 28 Wochen trächtige

Kalbel

zu verkaufen

L. Ziegerer.

Neuenbürg.

Ein unmöbliertes

Zimmer,

wann erwünscht auch möbliert, ist zu vermieten.

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Kaufe und verkaufe

5% Deutsche Kriegsanleihe

(jeden Posten) zu kulanten Kursen.

Angebote unter Ziffer M. 44 an den Enztäler.

Obernhausen.

Ein 12 Wochen trächtiges

Erstlings-Mutterschwein

hat zu verkaufen

Ernst Kappler.

Deutsche Demokratische Partei.

Oeffentliche Wählerversammlungen

für Männer und Frauen

in

Oberniebelsbach, 9. Januar, im „Adlersaale", abends 5½ Uhr,

Gräfenhausen, 9. Januar, im „Bärensaale", abends 7 Uhr,

Redner: **Oberamtspfleger Kübler** und **Frau Schnepf**, Neuenbürg.

Waldrennach, 9. Januar, im „Sonnensaale", abends 7 Uhr,

Redner: **Schulrat Baumann**, Neuenbürg.

Bauer und Demokratie.

„Vor dem Krieg machte der Bund der Landwirte im Verein mit der früheren konservativen Partei, jetzt Deutsche Bürgerpartei, der bäuerlichen Bevölkerung glauben, daß ihre Interessen am besten nur bei diesen Parteien gewahrt seien. **Nichts war falscher als dies.** Im preußischen Landtag stimmten die adeligen Führer des Bauernstandes **alle** Forderungen nieder, die dem Landwirt ein freiheitlicheres Wahlrecht gewährten. Als die „Linke" die Aufhebung der Fideikommisse beantragte, waren die Großgrundbesitzer nicht auf Seite der kleineren und mittleren Landwirte. Sodann haben die rechtsstehenden Parteien durch ihre maßlosen Eroberungsforderungen viel zur Verlängerung des Krieges beigetragen und dadurch dem deutschen Volke unermeßlichen Schaden zugefügt.

Landwirte! Prüft das Programm der deutschen Demokratie, das von tüchtigen und bewährten Landwirten mitberaten und gutgeheißen wurde und tretet in Scharen in die Reihen dieser Partei ein! Bringet auch die Frauen mit, sie sind mitberufen, über unser Schicksal bei den Wahlen zu entscheiden. Die Demokratie verlangt für den **freien Bauern** die **freie Scholle.**

Hilft Stadt und Land zusammen, so wird sich ein landsmännisch-freundnachbarliches Zusammenwirken ergeben.

Nicht **Klassenherrschaft, sondern unparteiische Berücksichtigung aller schaffenden Stände** ist **das Ziel der demokratischen Partei."**

Oberamt Neuenbürg.

Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung.

Die von der Landeswahlkommission zugelassenen Wahlvorschläge sind in der Beilage des Staatsanzeigers Nr. 3 vom 4. Januar 1919 abgedruckt. Ein Abdruck der Bekanntmachung war der Nr. 4 des Enztälers vom 7. Januar 1919 beigelegt. Diese Beilage gilt als Veröffentlichung im Sinne des § 8 Satz 2 der Wahlordnung.

Den 8. Januar 1919. O.R. Gaiser.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Die **Sprechzeiten** sind wie folgt festgesetzt:

Beim **Stadtschultheißenamt** und **Standesamt:**

Werktags: je vorm. 11—12 Uhr, nachm. 5—7 Uhr,
Sonntags: vorm. 11 Uhr,

bei der **städt. Lebensmittelstelle:**

Werktags: je vorm. 11—12 Uhr, nachm. 5—6½ Uhr,
Sonntags: keine.

Es muß im Interesse einer geordneten Geschäftserledigung auf Einhaltung dieser Zeiten gesehen werden. Ausnahmen können nur in dringendsten Fällen gemacht werden.

Stadtschultheißenamt:
A.V. Knodel.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Der städt.

Schuttplatz

an der Wildbaderstraße bei der Quellfassung, ist jetzt wiederhergerichtet. Die neuen Beifuhren sind ordnungsmäßig am äußeren Rande abzuladen.

Zugleich richte ich an diejenigen Einwohner, die es angeht, die dringende Mahnung, andere Plätze nicht durch Unratablagerung zu verunreinigen.

Stadtschultheißenamt:
Knodel A. V.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Vom 9. d. Mts. ab sind nur noch die **neuen** (blauen)

Milchbezugscheine

maßgebend

Städt. Lebensmittelstelle
Knodel.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuenbürg.

Bringe der verehrl. Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung meine

Oelmühle

in empfehlende Erinnerung. Gleichzeitig zur Kenntnisnahme, daß **Reps** nur Mittwochs, an allen übrigen Wochentagen die sonstigen Oelsaaten, sowie auch Bucheckern ausgeschlagen werden.

Gesetzliche Schlagscheine sind mitzubringen.

Ernst Mann.

Nachruf!

Das grausame Völkerringen hat im Laufe der Kriegsjahre 1914—1918 von dem Verein schwere Opfer gefordert. 8 treue, liebwerte Freunde, darunter die besten unserer Sangesbrüder, sind aus unseren Reihen gerissen worden.

Aechtler, Fritz, Fabrikarbeiter,
Barth, Christian, „
Kühner, Fritz, Flaschnermeister,
Kühner, Ernst, Fabrikarbeiter,
Rapp, Wilhelm, Säger,
Schmid, Fritz, Fabrikarbeiter,
Schulmeister, Fritz, Holzhauer,
Weik, Wilhelm, Fabrikarbeiter.

Der Verein spricht den Angehörigen seine volle Teilnahme aus und wird den so früh aus dem Leben Gerissenen ein treues, stetes Andenken bewahren.

Leicht sei ihnen die fremde Erde!

Gesangverein Liederkranz Calmbach.

Bürger! Bauern! Weingärtner!

Ihr seid verpflichtet zu wählen, Ihr seid verpflichtet, Eure Frauen, Söhne, Töchter, Knechte und Mägde zu veranlassen, zur Wahlurne zu gehen. Es geht um Euer Dasein, es geht um die Zukunft Eurer Kinder. Gegen wen der Kampf sich richtet, wißt Ihr alle: gegen Zwangswirtschaft und Klassenherrschaft.

Württembergischer Bauernbund.
Württembergischer Bund der Weingärtner und Kleinlandwirte.
Württembergischer Verein der Landwirte Oberschwabens.
Württembergische Bürgerpartei.

Einstellschweine.

Nachdem der Handel mit Einstellschweinen freigegeben ist, ist es mir möglich, solche wieder überallhin zu verkaufen, bzw. zu versenden, und werde von jetzt ab wieder größere Bestände erstklassiger Schweine zur Auswahl bereit halten.

Bestellungen erbitte immer baldmöglichst.

Fritz Hoffmann, Schweineversand,
Fellbach, Fernsprecher 141.

Neuenbürg.

Nähmaschinen-Reparaturen

besorgt schnell und billig
W. Fuchslocher, Mechaniker,
im Hause b. Bäcker Müller.

Calmbach.

Einen 10 Monate alten

Farren

setzt dem Verkauf aus

Bahnwärter **Johann Lillich.**

Ein kräftiges, ehrliches

Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, das womöglich schon gedient hat, wird zu baldigem Eintritt gesucht.

Frau **Aldinger** z. Hirsch,
Schwann.

Auf 1. Februar sucht fleißiges tüchtiges

Mädchen

Stelle für Haushaltungsarbeiten. Gefl. Angebote erbeten unter K. 215 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Herrenalb, 8. Januar 1919.

Statt besonderer Anzeige!

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere gute, liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Schwester

Regine Lacher, Witwe,

nach langem, schweren Leiden im Alter von nahezu 75 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefem Schmerz:

Familien Friedrich und Jakob Lacher.

Die Beerdigung findet Freitag, 10. Januar, nachm. 3 Uhr, statt.

Rotenbach, 7. Januar 1919.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unserer lieben, unvergeßlichen

Liesel,

für den lieben Gesang der Schüler, für die zahlreichen Kranzspenden und auch allen, die sie zur letzten Ruhestätte begleitet haben, insbesondere ihren Altersgenossen, sagt aufrichtigen Dank

im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Familie Wilhelm Bürkle, Papierfabrik,
Neuenbürg—Rotenbach.

Aus dem Felde zurück.

Habe am 2. Januar 1919 meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. Ungerer, Facharzt für Haut- und Harnkrankheit,

Sprechstunden: 10—1 Uhr, 4—6 Uhr,
Pforzheim, Zerrennerstr. 9, I, lks., (Haus Bäcker Schwarz.

Zahn-Praxis.

Habe meine Praxis **ganz nach Herrenalb verlegt.** Sprechstunden täglich von 9—12 und 1/2 3—5 Uhr, ausgenommen Dienstag.

Karl Himly, Dentist,
Wohnung oberhalb Hotel Kull, Akazienstraße 90.

Langenbrand.

Wirtschaftseröffnung u. Empfehlung

Dem verehrl. Publikum von hier und auswärts sowie meinen werten Freunden und Gönnern zur Kenntnis, daß ich das von meinem verstorbenen Mann betriebene

„Kurhaus"

wieder eröffnet habe und in gleicher Weise weiter betreiben werde.

Hochachtungsvoll
Emma Kramer, Wtw.
zum „Kurhaus".

Tüchtiges, erfahrenes, evang.

Mädchen oder Kriegers-Witwe,

welche in Küche und Haushalt erfahren ist, findet auf 1. Febr. dauernde Stellung bei hohem Lohn. Ebendaselbst wird ein evang.

Zimmermädchen

gesucht, welches an selbst. und sauberes Arbeiten gewöhnt ist und in Herrschaftshaus schon gedient hat.

Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle unter P. 100.

Lehrlings-Gesuch.

Einen ordentlichen Jungen, der Lust hat, das **Flaschnerhandwerk und Installation** gründlich zu erlernen, nimmt in die Lehre

Arnold Gräßle,
Flaschnermeister.

Grunbach.

Einen starken

Zugochsen

und eine

Kuh

trächtig mit dem zweiten Kalb, setzt dem Verkauf aus

Kirchherr zur Krone.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei des Enztälers — Für die Schriftleitung verantwortlich: D. Strom in Neuenbürg.